

PRÄSIDENTIALREDE

Zürich, 15. Juni 2018

Rede von Dr. Rolf Dörig, Präsident Schweizerischer Versicherungsverband SVV, am «Tag der Versicherer» 2018 im Aura in Zürich.

Es gilt das gesprochene Wort.

Egregio signor segretario di Stato, Roberto Balzaretti,
Mesdames et Messieurs les délégués des membres de l'ASA,
Sehr geehrte Damen und Herren Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft,
Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,
Werte Kolleginnen und Kollegen aus dem SVV

Je vous souhaite la bienvenue à cette « Journée des assureurs » et je remercie notre invité Monsieur Balzaretti ainsi que toutes celles et ceux qui ont contribué à la réussite de cette journée.

Nous, les assureurs, nous avons le privilège de proposer un produit intemporel. La sécurité est demandée aujourd'hui et le sera aussi demain. Notre branche a donc de l'avenir – beaucoup d'opportunités à saisir et de possibilités d'évolution. Und sie übernimmt Verantwortung: Indem wir Versicherer uns zum Wohle von Mensch, Wirtschaft und Gesellschaft für Rahmenbedingungen einsetzen, die ein sicheres Leben sowie erfolgreiches Arbeiten und innovatives Unternehmertum ermöglichen.

Mit einer Wertschöpfung von rund 30 Milliarden Franken oder 5 Prozent des Bruttoinlandproduktes ist die Versicherungswirtschaft eine tragende Säule und eine treibende Kraft der Schweizer Volkswirtschaft. Wir verfügen über 20 Millionen laufende Versicherungsverträge, wir leisten 46 Milliarden Franken an Zahlungen für Versicherungsfälle – und 80 Prozent unserer Prämieinnahmen fliessen direkt an unsere Kundinnen und Kunden zurück.

Wir sind eine Branche mit hohem Wachstum, rund 4 Prozent pro Jahr in den vergangenen 20 Jahren. Das liegt weit über dem BIP (1,7 Prozent) und über den Banken (1,5 Prozent). Dank unserem soliden Leistungsausweis und den intakten Zukunftschancen müssen wir auch nicht als Strukturhalter unterwegs sein.

Was für unsere Mitgliedfirmen gilt, gilt auch für unseren Verband. Zusammen mit meiner Kollegin und meinen Kollegen aus dem Vorstand bin ich bestrebt, den Schweizerischen Versicherungsverband auch für die Zukunft fit zu halten. Von meinem Vorgänger, Urs Berger, durfte ich vor einem Jahr einen Verband übernehmen, der sehr gut aufgestellt ist. Das soll auch in Zukunft so sein, weshalb wir im Vorstand zum Schluss gekommen sind, in der Organisation die eine oder andere Retusche vorzunehmen. Dies, um die künftigen Herausforderungen noch besser anpacken zu können.

Heute Morgen, an unserer Generalversammlung, haben die Delegierten auf Antrag des Vorstands entschieden, künftig auf einen Vorstandsausschuss zu verzichten. Die Kadenz der Vorstandssitzungen wird gleichzeitig leicht erhöht, womit wir rascher, effizienter und gezielter entscheiden können. Weiter haben wir auch unser System der Milizgremien komplettiert. Die Arbeiten des bisherigen Ausschusses «Bildung» werden um die Thematik «Arbeitgeberfragen» erweitert. Unsere Branche stellt 50'000 Mitarbeitende. Allein dies ist Grund genug, uns in Arbeitgeberfragen noch eigenständiger zu positionieren. Anpassungen haben wir auch im Politikbereich vorgenommen. Die vielfältigen Aufgaben des Polit-Tagesgeschäfts liessen uns in der Vergangenheit kaum Zeit zum Reflektieren und Vorausschauen. Mit der Schaffung eines Ausschusses «Politikstrategie» wollen wir nun die mittel- und langfristigen politischen Herausforderungen noch besser erkennen und uns gezielter auf sie einstellen.

Last but not least wurden an der heutigen Generalversammlung auch drei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Mit Fabrizio Petrillo, Juan Beer und Patrick Raaflaub haben wir drei Personen gewonnen, die die Kompetenzen und die Erfahrungen unserer Vorstandsmitglieder bestens ergänzen. Entsprechend freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit ihnen.

Sie sehen, sehr geehrte Damen und Herren, wir sind uns der volkswirtschaftlichen Bedeutung unserer Branche sehr wohl bewusst. Wir stellen uns im Verband so auf, dass dort, wo unsere Mitglieder unser Know-how benötigen, sie darauf zurückgreifen können. Wir schaffen damit dort gute Rahmenbedingungen, wo wir sie eigenständig setzen können. Gleichzeitig engagieren wir uns als Verband dafür, dass auch die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, dass es unserer Branche – und damit der Schweizer Volkswirtschaft – auch künftig gut geht!

RAHMENBEDINGUNGEN, REGULIERUNG

En dépit – ou plutôt en raison de notre position favorable, nous devons nous engager sans cesse et avec insistance pour des conditions-cadres qui nous permettent de saisir les opportunités de l'avenir, sans freiner les innovations. Tâche difficile et délicate – et sans fin.

Les conditions-cadres auxquelles je pense sont :

- des institutions en bon état de fonctionnement et une sécurité juridique élevée ;
- une société jouissant de la paix sociale, qui place l'humain au cœur de ses priorités et porte haut des valeurs comme la responsabilité, la confiance et la solidarité ;
- un marché libre du travail dans un ordre économique libéral, c'est-à-dire une culture de la performance reposant sur l'économie sociale de marché porteuse d'opportunités pour les entreprises comme pour les individus et garantissant le nécessaire libre jeu de la concurrence.

Diese Rahmenbedingungen bilden seit je die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg und den hohen Wohlstand in der Schweiz. Wir müssen ihnen Sorge tragen – nach dem Grundsatz: So viel Regulierung wie nötig und so wenig wie möglich – nicht umgekehrt!

Es ist klar, dass Staat und Politik den Rahmen setzen und dabei das grosse Ganze im Auge haben. Ebenso klar ist aber auch, dass die Unternehmen Handlungsfreiheit brauchen. Nur so können sie ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit erhalten, um den gewünschten Mehrwert für Land und Volk zu schaffen.

Teils unter internationalem Druck, teils auch aus perfektionistischer Regulierungslust, ist das Regulierungsnetz über die letzten Jahre leider immer enger geworden. Verstehen Sie mich nicht falsch: Es braucht Regulierung. Sie muss jedoch im Dienst aller Beteiligten stehen und den Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung setzen. Mehr ist nicht einfach besser.

Lassen Sie mich zu unseren wichtigsten Geschäften kommen, die sich derzeit im Gesetzgebungsprozess befinden.

POSITIONEN DER VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) ist unsere regulatorische «Bibel». Es ist gewissermassen das Scharnier zwischen Versicherern und Versicherten. Es muss für beide passen. Wir unterstützen deshalb das Ziel der laufenden Revision, das Gesetz zu modernisieren und bestehende Lücken im Kundenschutz zu schliessen. Regulierung mit Augenmass heisst aber auch, dass die Anpassungen den Versicherten tatsächlich einen Mehrwert bringen und praxistauglich sind. Das Geschäft befindet sich zurzeit noch in der vorberatenden Kommission des Nationalrats.

Nirgends ist das Damoklesschwert der Überregulierung besser erkennbar als bei den Kapitalanforderungen im Rahmen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Wir Versicherer waren in der Finanzkrise nie in Gefahr. Wir stellten auch kein Systemrisiko dar. Dennoch müssen wir heute unter dem Schweizer Solvenzttest unverhältnismässig mehr Risikokapital bereitstellen als unsere europäischen Mitbewerber unter Solvenz II. Das

beeinträchtigt unsere Konkurrenzfähigkeit und schadet letztlich den KMU, deren Wahlfreiheit bei Umsetzungsmodellen und -partnern in der beruflichen Vorsorge eingeschränkt wird.

La protection des consommateurs est importante. Sur ce point, nous sommes d'accord avec l'Autorité de surveillance. Mais il est également vrai qu'un souci de sécurité exacerbé et des exigences en capital exagérées réduisent inutilement notre champ d'action et privent par ricochet les clients de la possibilité de s'offrir l'excellente couverture d'une assurance complète. La demande va baisser et l'offre disparaître. Près d'1,2 million de personnes sont concernées, essentiellement des employés de PME ayant opté pour une assurance complète en prévoyance professionnelle.

Dernier exemple en date des possibles conséquences d'une réglementation excessive : AXA s'est retirée des affaires d'assurance complète. Cette décision a sûrement d'autres explications aussi, puisque cinq autres assureurs suisses continuent de proposer le modèle de l'assurance complète. Pour autant, la décision d'AXA s'explique tout au moins en partie par les exigences excessives imposées aux assureurs en termes de capital immobilisé.

L'Association Suisse d'Assurances s'est toujours prononcée pour la diversité des modèles et la liberté de choix dans le deuxième pilier, c'est-à-dire pour le libre jeu de la concurrence entre les différents modèles de prévoyance et entre les prestataires. Car, il est dans l'intérêt des PME de préserver cette liberté de choix entre différentes solutions de prévoyance professionnelle. Au final, ce sont les assurés qui sont gagnants, c'est-à-dire les employés des PME.

Es ist mir wichtig, darum sage ich es gerne nochmals: Wenn die Regulatoren und die Aufsicht die strategische und operative Freiheit der einzelnen Unternehmen unnötig einschränken, verschlechtern sie die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der betroffenen Unternehmen massiv. Den Schaden tragen nicht nur die Unternehmen, sondern auch ihre Kunden und letztlich der Wirtschaftsstandort Schweiz.

Es ist so: Ohne Sicherheit macht es keine Freude, Kunde zu sein. Wahr ist aber auch: Ohne Freiheit macht es auch keine Freude, Unternehmer zu sein.

Auf dieses Verhältnis von Freiheit und Sicherheit kommen wir später zurück, wenn die Ergebnisse des erstmals erhobenen «SVV Sicherheitsmonitors» vorgestellt werden. Ich bin gespannt, was die Militärakademie an der ETH Zürich und die Forschungsstelle sotomo im Auftrag des Versicherungsverbandes herausgefunden haben.

Jamais deux sans trois. C'est la raison pour laquelle je souhaite aussi aborder la réforme de la prévoyance vieillesse et le Projet fiscal 17. Nous soutenons le Projet fiscal 17 et nous considérons que sa mise en œuvre est urgente. Le développement international impose à la Suisse de supprimer, dans l'imposition des

entreprises, des privilèges qui ne sont plus conformes aux normes internationales. Le Projet fiscal 17 et sa mise en œuvre rapide sont donc impératifs pour l'économie suisse et pour l'attrait de la place industrielle suisse.

Nous sommes critiques par rapport à l'intégration de l'élément sans rapport matériel qu'est le financement de l'AVS. Il est certes compréhensible de vouloir augmenter les chances d'obtenir un projet ralliant une majorité, mais ce lien entre projets au fondement différent risque d'accroître le risque que le souverain, lors d'un vote éventuel, développe une attitude de doute, voire de rejet.

Hält die Politik am Vorschlag des Ständerates fest, fordern wir, dass dies keinesfalls zu einer Verzögerung der strukturellen Reformen in der ersten und zweiten Säule führen darf. Diese bleiben unverändert dringlich. Der Fahrplan des Bundesrats ist einzuhalten. Weiterhin zwingend bleiben Kernelemente wie die Senkung des BVG-Umwandlungssatzes, die Einführung eines Umwandlungssatzbeitrages und die Angleichung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre.

Die kürzlich erfolgten Publikationen der Betriebsrechnungen unserer Mitglieder mit BVG-Geschäft haben es eindrücklich gezeigt: Die ungewollte Umverteilung steigt – und der Druck, rasch eine nachhaltige Reform anzupacken, steigt ebenso.

Mit unserer Expertise stehen wir bereit, diesen Prozess zu begleiten, damit wir möglichst bald zu einer Lösung kommen. DIE Lösung wird es nicht geben. Aber es muss endlich Bewegung in die Sache kommen, die demographische und die wirtschaftliche Realität dürfen nicht länger ignoriert werden.

SCHWEIZ UND EUROPA

Il est également question de liberté et sécurité dans la dernière partie de mon exposé sur les relations qu'entretiennent la Suisse avec l'Europe et l'UE.

Vous vous êtes peut-être déjà demandé pourquoi je m'exprime souvent ces derniers temps sur des questions politiques qui semblent éloignées des préoccupations du secteur de l'assurance.

Plusieurs raisons à cela : en ma qualité de représentant des milieux économiques, j'entends m'engager pour les intérêts de l'économie. Car un pays ne va bien que si son économie se porte bien. Mais l'inverse se vérifie aussi : l'économie ne va bien que si le pays se porte bien. C'est la raison pour laquelle j'aime également m'exprimer en tant que citoyen sur des questions qui touchent la bonne santé économique du pays. Parce que nous sommes tous concernés.

La Suisse évolue au rythme des débats politiques entre ses citoyennes et ses citoyens. Grâce à la démocratie directe, nous avons la chance de pouvoir alimenter ce débat. Cette chance, nous devons tous la saisir

activement, ceci dans notre intérêt ainsi que dans celui de l'État. C'est précisément pourquoi il est important que les représentants des entreprises prennent la parole au profit de notre pays.

KEIN ZEITDRUCK

Wir begrüßen, dass der Bundesrat im Streit um die Anerkennung der Schweizer Börsenregulierung durch die EU klare und unmissverständliche Worte findet. So geschehen am Freitag vor einer Woche an der Medienkonferenz des Bundesrats in Bern. Denn es kann nicht sein, dass uns die EU Vorschriften macht – und wir unsererseits keinen Gegendruck aufbauen. Wir begrüßen auch den Willen des Bundesrats, die Verhandlungen mit der EU zur Sicherung der Bilateralen weiterzuführen; sofern er nicht bereits jetzt zum Schluss kommt, die Verhandlungen um das von der EU gewünschte institutionelle Rahmenabkommen abubrechen, weil die Forderungen der EU für die Schweiz mit ihren staatspolitischen Grundwerten unvereinbar sind – auch im Wissen, dass bei einem Abbruch nicht die gesamte Wirtschaft applaudieren wird. Wobei zu bemerken ist, dass ein Rahmenabkommen, das die Schweiz zwingt, auch nur teilweise automatisch bzw. «dynamisch» EU-Recht zu übernehmen, auch Nachteile für die Wirtschaft bringen würde: nämlich Rechtsunsicherheit, da abhängig von der EU-Rechtsentwicklung, und garantiert noch mehr Bürokratie.

Wie auch immer: Für uns Privatversicherer gilt: Lieber kein Resultat oder ein gutes später, als ein schlechtes sofort. Die Verhandlungen mit der EU stehen nicht unter Zeitdruck – und sie dürfen auch nicht unter Zeitdruck geführt werden. Das lässt sich gut begründen:

- Etwa damit, dass selbstaufgelegte Dringlichkeit die eigene Verhandlungsposition schwächt.
- Auch funktioniert das aktuelle bilaterale Regime mit der EU gut und in beider Interesse. Nicht nur die Schweizer Versicherungswirtschaft hat schon heute einen massgeschneiderten Marktzugang. Das gilt auch für die meisten anderen Branchen. Die Versicherungswirtschaft braucht kein zusätzliches Finanzdienstleistungsabkommen. Und auch kein Rahmenabkommen. Ein solches könnte von uns nur mitgetragen werden, wenn wichtige gesamtschweizerische Interessen deutlich dafürsprechen würden.
- Zeitdruck darf auch darum nicht bestehen, weil ein allfälliges Verhandlungsergebnis die Zustimmung des Volkes erfordert. So sollte ein vorgeschlagenes Schiedsgericht nicht nur der Etikette nach, sondern tatsächlich unabhängig sein. Sonst bezweifle ich, dass die Schweizer Bevölkerung zustimmen würde. Richtig wäre auch, einen Nachvollzug von EU-Recht dem Referendum zu unterstellen. Oder wie soll man dem Stimmvolk klarmachen, dass die sogenannte «dynamische» Rechtsübernahme nichts anderes ist als ein faktischer Automatismus mit Zeitverzögerung? Auch die Guillotine-Klausel ist eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit des Volkes. Sie ist eines souveränen Staates und einer partnerschaftlichen Beziehung auf Augenhöhe unwürdig.

- Auch mit Blick auf die europäische Gesamtlage könnten durch Zuwarten neue politische Spielräume entstehen, die der Schweiz entgegenkommen. Ist der Brexit vollzogen, hat die EU möglicherweise wieder mehr Handlungsspielraum. Grossbritannien will ein wirtschaftliches starkes und sicheres Europa ohne politischen Überbau. Und die EU selber steht auch unter Druck, mehr echte Subsidiarität zuzulassen. Die Personenfreizügigkeit ist auch innerhalb der EU ein Thema und zwingt sie zu mehr Flexibilität.

SCHWIERIGE GÜTERABWÄGUNG

Der Bundesrat strebt – ich zitiere – «bessere Marktzugangsbedingungen an und will gleichzeitig die Institutionen der Schweiz und ihre Unabhängigkeit wahren.» Es geht also um die Frage: Was sind die wirtschaftlichen Vorteile eines neuen Abkommens und sind sie es wert, dafür einen politischen Preis zahlen zu wollen? Diese Güterabwägung ist schwierig und braucht Zeit, wenn sie überhaupt möglich ist. Denn: Die EU ist ein politisches Projekt. Die Schweiz jedoch ist vor allem an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert und kaum zu politischen Konzessionen bereit.

Die Gegensätze werden also nicht kleiner, sondern grösser. Darum ziehen sich die Verhandlungen mit der EU auch schon so lange hin. Es geht um unsere Identität, um das Fundament unseres Landes. Um zentrale Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit, Föderalismus und direkte Demokratie. In diesen sensiblen Bereichen haben wir doppelte, rote Sicherheitslinien. Diese dürfen wir nicht überfahren. Wir müssen sie respektieren. Sie sind das wahre Thema.

In der innenpolitischen Debatte gibt es jene, die so tun, als habe die Brückierung Brüssels keinen wirtschaftlichen Preis. Auf der anderen Seite gibt es jene, die so tun, als habe ein Rahmenabkommen keinen politischen Preis. Beide liegen falsch. In der öffentlichen Debatte scheint mir allerdings, dass der mögliche wirtschaftliche Preis übertrieben dargestellt und der politische Preis unterschätzt beziehungsweise kleingeredet wird.

Alt Bundesrat Kaspar Villiger hat zu Recht geschrieben, eine Willensnation wie die Schweiz müsse auch wirklich wollen. Es gibt zwei Dinge, die wir unbedingt wollen. Sie machen meines Erachtens unseren Willen aus, eine Nation zu sein. Warum sind Deutschschweizer nicht Deutsche, Romands nicht Franzosen und Tessiner nicht Italiener? Weil wir alle wissen, dass wir in dieser Willensnation zwei Vorteile geniessen: mehr persönliche Freiheit und mehr politische Mit- und Selbstbestimmung.

Persönliche Freiheit und politische Mitbestimmung können wir uns aber nur erhalten, wenn wir uns Eigenständigkeit leisten. Darum setze ich mich für eine Schweiz ein, die auch in Zukunft weniger reguliert und deshalb weltweit wettbewerbsfähiger als unsere Nachbarländer ist, eine Schweiz der Chancen und Ideen – und der Unternehmer und Investoren, die diese Ideen ermöglichen und umsetzen. Das, und nicht allein die

Personenfreizügigkeit mit der EU, ist das Merkmal einer offenen Schweiz. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Solidarität, Vertrauen, direkte Demokratie und Föderalismus sind das Fundament unserer einmaligen Stabilität.

AUSSENWIRTSCHAFTLICHEN FOKUS ERWEITERN

Wenn wir sehen, wo die Zukunft der Weltwirtschaft liegt, müssen wir auch unseren aussenwirtschaftlichen Fokus noch mehr als bisher erweitern, auch über Europa hinaus. Jedes zusätzliche Freihandelsabkommen eröffnet neue Chancen – und macht uns etwas weniger abhängig vom Binnenmarkt der EU.

Denkbar ist der Abschluss von Verträgen mit Drittstaaten, in denen viel Wirtschaft und wenig Politik drin ist. Die EU hat zum Beispiel mit Kanada ein solches Abkommen (CETA) abgeschlossen. Es geht weit über ursprüngliche Freihandelsverträge hinaus. Es enthält auch einen Mechanismus zur Weiterentwicklung des Rechts durch gegenseitige Notifizierung statt durch einseitigen Nachvollzug. Dies alles ohne Personenfreizügigkeit und ohne Streitbeilegung unter Einbeziehung des EU-Gerichtshofes. Ein möglichst stabiler, hindernis- und diskriminierungsfreier Zugang zu ausländischen Märkten und zur weiteren Öffnung von Exportmärkten. Es ist ein wirtschaftliches Abkommen ohne politischen Überbau. Also genau, was die Schweiz will.

SELBSTBEWUSST UND MUTIG

Die Schweiz hat eine lange Erfolgsgeschichte. Zentral sind die Werte, die wir teilen und hochhalten: Freiheit, Unabhängigkeit, Rechtsstaatlichkeit und direkte Demokratie, auch Vertrauen und Selbstverantwortung, Solidarität und sozialer Frieden. Sie sind uns Ansporn, selbstbewusst zu handeln und für unsere Interessen und Überzeugungen zu kämpfen. Wir müssen nicht um jeden Preis zu einem Abschluss kommen.

Ich wünsche dem Bundesrat, dass er mutig ist und sich nicht von kurzfristigen Parteiinteressen leiten lässt. Ich bin überzeugt, dass ihn das Volk dafür belohnt.
